

Verantwortliche  
Redakteure.

für den politischen Theil:

E. Fontane,

für Beurteilung und Vermischtes:

J. Steinbach,

für den übrigen redakt. Theil:

J. Häßfeld,

hauptsächlich in Posen.

Verantwortlich für den  
Inseratentheil:

J. Klugkist in Posen.

# Posener Zeitung

Achtundneunziger

Jahrgang.

Mr. 152

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentäglich **drei Mal**,  
an den Sonn- und Feiertagen folgenden Tagen jedoch nur **zwei Mal**,  
an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt **vierthalb**  
**jährlich 450 M.** für die Stadt Posen, **5,45 M.** für  
ganz Deutschland. Befüllungen nehmen alle Ausgabestellen  
der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

## Deutscher Reichstag.

(Nachdruck nur nach Übereinkommen gestattet.)

77. Sitzung vom 28. Februar, 1 Uhr.

Die zweite Verathung des Militäretats wird mit der  
Debatte über die Unteroffizierprämien fortgesetzt.

Abg. Dr. Windthorst (Br.): Wir stehen auch heute noch  
auf dem Standpunkt, daß wir die dringenden Anforderungen für  
das Militär auf das Allernothwendigste bechränken müssen. Wenn  
die Kommission in Beherzigung dieses Grundsatzes die Forderung  
der Unteroffiziere geöffnet hat, so that sie es nicht, weil sie eine  
Verbesserung der Lage derselben nicht für wünschenswert hält,  
sondern weil sie glaubt, dieselbe könne noch hinausgeschoben werden.  
Ich erwartete nicht, daß diese Forderung kommen würde, und  
daß sie auch so dringend sei. Ich erwartete auch nicht eine Forderung  
gleich in solcher Höhe. Ich freue mich, daß die Kommission  
durch ihren Beschluß eine solche Mahnung zur Sparamkeit gegeben  
hat. Wenn ich dennoch einen entgegenkommenden Antrag gestellt  
habe, so diene ihm als Empfehlung, daß er von allen Forderungen  
am wenigsten verlangt (Heiterkeit). Wir haben wohlweislich eine  
Prämie nur für den Schluss der Laufbahn in Aussicht genommen,  
dagegen eine Stufe vermieden, weil diese mehr oder weniger eine  
Gehaltserhöhung ist. Solche Skalabildungen geben den Unteroffizieren  
nur eine Versuchung zum Schuldenmachen. Der von uns  
gewählte Satz von 1000 Mark scheint uns den Besoldungsverhältnissen  
der Unteroffiziere zu entsprechen. So schmerlich die Aussagen  
auch sein mögen, wäre es doch gut, wenn sich eine möglichst  
große Majorität für meinen Antrag erklärt, auch mit Rücksicht auf  
das Ausland, damit man, namentlich heute, überall weiß, die  
Deutschen stehen fest und kräftig zu ihrem Monarchen und werden  
unter allen Umständen bereit sein, seine Würde gegen jedermann  
zu vertreten. (Beifall.) Damit soll aber in keiner Weise gezeigt  
sein, daß Diejenigen, welche aus bestimmten Gründen gegen den  
Antrag stimmen zu müssen glauben, darum minder patriotisch sind.  
Also Ansichten müssen hier klar ausgesprochen und festgehalten  
werden, und keinem darf daraus ein Vorwurf der Gesinnung  
gemacht werden.

Sehr werthvoll war mir die Erklärung von Herrn Grillenberger,  
daß seine Partei keine Revolutions-, sondern eine Reform-  
partei sei. So lange die Sozialdemokraten sich innerhalb der  
Gesetze bewegen, haben sie das Recht, ihre Pläne zur Diskussion  
zu stellen und in gesetzlicher Weise zur Geltung zu bringen. Ich  
hoffe, daß diese Erklärung des Herrn Grillenberger von seiner  
ganzen Fraktion unterschrieben und auch außerhalb des Hauses voll  
und ganz zum Ausdruck gebracht wird. In der jüngsten Droschken-  
kutschervergassung hat aber einer seiner Kollegen andere Grund-  
sätze ausgesprochen. Es wäre gut, wenn Herr Grillenberger auch  
diesen befehle. Wenn Herr Grillenberger aber auf dem Reform-  
boden steht, so hat er das vom Herrn Reichskanzler in Betracht  
gezogene Einschreiten gegen Exzesse nicht auf sich zu beziehen. Diese  
Ausführung richtete sich lediglich gegen anarchistische Exzesse. Wir  
werden stets bereit sein, Reformen einzutreten zu lassen, um die Lage  
der Arbeiter aufzubessern. Hier, wo es sich um die Aufbesserung  
der Unteroffiziere handelt, waren ja die Sozialdemokraten gezwun-  
gen, außerlich eine gewisse Sympathie zu zeigen; sie wollen aber  
nichts Neues bewilligen. Das ist ganz sozialdemokratisch. Die  
Sozialdemokraten sollen daher nicht erst behaupten, daß sie für die  
Unteroffiziere etwas thun wollen.

Wir brauchen aber tüchtige Unteroffiziere, damit die Armee  
stets kampftauglich ist. Die Armee, welche die tüchtigsten Unter-  
offiziere hat, wird immer die beste sein. Wenn uns nun von sach-  
verständiger Seite gesagt wird, daß diese Prämien unbedingt noth-  
wendig sind, so kann ich von der Bewilligung nicht absehen. Aber  
ich möchte die Regierung bitten, uns über den Umfang ihrer For-  
derungen volle Aufklärung zu geben, und zugleich zu erwägen, ob  
nicht Ausgleichungen geschaffen werden können, vielleicht durch  
Reduktionen in der Mannschaftszahl, ferner ob man nicht dem  
Gedanken der zweijährigen Dienstzeit doch näher treten kann. Es  
geht nicht weiter so, wie steten Forderungen müssen aufhören, das  
Volk erliegt unter der Last. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Graf Behr (Rp.): Das Bedürfnis einer Verbesserung  
der Unteroffizierlaufbahn ist ja allgemein anerkannt worden. Dann  
ist man auch verpflichtet, diesem Bedürfnis abzuhelfen. Der  
Weg einer Gehaltsaufbesserung für die Unteroffiziere würde gar  
nicht zum Ziele führen, die Unteroffiziere in ihrer Laufbahn zu  
erhalten, und würde nur viel mehr kosten. Das einzige richtige ist  
der Prämienweg. Sparsamkeit dokumentieren wir auch durch un-  
seren Antrag, aber das, was wir bewilligen wollen, ist nothwendig.  
Die Arbeitslöhne sind ganz ungeheuer gestiegen, deshalb müssen  
wir auch hier etwas thun. Sie beschwören sich darüber, daß die  
Unteroffiziere nicht Offiziere werden können. Daß für die Söhne  
des Adels die Offiziersstellen vorbehalten werden, ist nicht ungerecht,  
denn durch die Kriege, auf deren Schlachtfeldern der Adel gelebt  
ist, ist doch seine Verarmung herbeigeführt. In unserer Armee  
ist doch das Verhältnis zwischen den Offizieren und den Soldaten  
ein so gutes, wie in keiner anderen.

Abg. Richter: Der Kriegsminister hat gestern von einem  
Notstand der Armee gesprochen und diese Maßregel bezeichnet  
als nothwendig zur Erhaltung der Verfassung und Tüchtigkeit der  
Armee. Selbstsam, daß wir von alledem vor Jahresfrist nichts  
gehört haben. Im Gegenteil, als im vorigen Jahre der Vor-  
sitzende der Kommission an den damaligen Kriegsminister die Frage  
richtete, ob denn für absehbare Zeit die Mehrbewilligungen ein  
Ende haben würden, und ob noch irgend etwas Neues von orga-  
nischer Bedeutung von der Militärverwaltung vorbereitet würde,  
sagte Herr v. Verdy, es seien nur noch zwei Punkte in Vorberei-  
tung, einmal betreffend das Pensionswesen und sodann die Pferde-  
gelder.

Gestern sagte der Reichskanzler, wir können das beste Material  
in Deutschland für das Unteroffizierkorps haben, wenn wir nur  
wollen, wenn diese Gelder bewilligt werden. Am 6. Februar 1888  
hielt sein Amtsvorgänger die berühmte Rede, in der er hervorhob:  
Was uns kein Volk in der Welt nachmachen kann, ist: wir haben  
das Material an Offizieren und Unteroffizieren, um diese ungeheure

Montag, 2. März.

Inserate, die schriftgestaltete Zeitzeile oder deren Raum  
in der Morgenauflage 20 Pf., auf der letzten Seite  
80 Pf., in der Mittagauflage 25 Pf., an bevorzugter  
Stelle entsprechend höher, werden in der Erweiterung  
Mittagauflage bis 8 Uhr Vormittags, für die  
Morgenauflage bis 5 Uhr Nachm. angenommen

1891

Arme zu kommandiren. In dem Unteroffizierkorps und Offizierkorps  
bestände unsere Überlegenheit gegenüber anderen Mächten, selbst  
wenn dieselben in der Zahl der Soldaten mit uns konkurriren  
können. Der damalige Reichskanzler also war der Meinung, daß  
wir nicht erst das Material dieses Unteroffizierkorps zu schaffen  
brauchen, sondern daß wir es haben, wie wir es für das Offizier-  
korps bereits besäßen. Man führt nun das Manuement an Unter-  
offizieren ins Feld. Mit demselben Recht könnten Sie ebenjogut  
eine tiefgreifende Umgestaltung in Bezug auf das Besoldungssystem  
der Offiziere verlangen, denn das Manuement an Offizieren ist  
nach den Mittheilungen in der Budgetkommission erheblich größer,  
als das der Unteroffiziere. Uns trennen ja in Bezug auf die  
Werthschätzung der Bedeutung der Unteroffiziere gar keine verschie-  
denen Ansichten von der Regierung; höchstens sehen wir diese Be-  
deutung noch höher an, als die Regierung. Wir sind uns wohl  
bewußt, daß die Frage der Einführung der zweijährigen Dienstzeit  
wesentlich zusammenhängt mit der Tüchtigkeit des Unteroffizier-  
korps. Daß wir hier und da den Wunsch verlautbaren lassen,  
daß die Unteroffiziere mehr verwendet werden auch in der Zug-  
führung, als es jetzt der Fall ist, zeigt, wie hoch wir ihre Bedeu-  
tung schätzen. Es kommt eben darauf an, welches Mittel das taug-  
liche ist, um diese Bedeutung des Unteroffizierkorps sicher zu stellen,  
und ob ein Bedürfnis zu solchen finanziellen Aufwendungen über-  
haupt vorhanden ist.

Wenn der Herr Kriegsminister an den Unteroffizier vor Menschenaltern erinnerte, so vergißt er, daß die Verhältnisse der Unteroffiziere doch nicht mehr dieselben sind. Dazwischen liegt die Reform zur Hebung des Unteroffizierstandes, der auch ich beigeistimt  
 habe, von 1872, welche große Summen zur Verbesserung der Lage  
 der Unteroffiziere aufwendete, und die Bildung der neuen Ba-  
 taillon in den letzten 3 Jahren hat doch auch das Avancement  
 im Unteroffizierkorps ganz erheblich verbessert, da hier alle Ser-  
 geanten- und Feldwebelstellen voll belegt worden sind. Wenn die  
 schlechte Lage der Unteroffiziere damit begründet wurde, daß die  
 älteren Sergeanten durchschnittlich nur 2 Mark täglich erhalten,  
 so vergißt man, daß die ganze Station, Wohnung, Kleidung, Ver-  
 pflegung und Steuerbereitung nur mit 80 Pf. berechnet ist. Wo  
 ist man aber im bürgerlichen Leben im Stande, für 80 Pf. sich  
 das zu verschaffen, was die Unteroffiziere erhalten? Diese Schätzung  
 ist also eine sehr zweifelhafte.

Man hat dann auf die schlechte Zivilversorgung hingewiesen, und  
 der Herr Reichskanzler hat speziell ein Beispiel aus der Admiralität  
 erwähnt, wo ein Feldwebel die Stelle eines Hausdiners bekommen  
 hat. Ich weiß nicht, ob gerade für Stellen der Hausdiener Feldwebel  
 in Betracht kommen, da doch mit Rücksicht auf die besondere Ge-  
 wandtheit, welche diese vor anderen voraus haben, ihnen bessere  
 Stellen zur Verfügung stehen könnten. Aber nehmen wir nun an,  
 dass sei so, und dieser Hausdiener habe, wie der Herr Reichskanzler  
 sagte, 25 Dosen zu heizen und 25 Zimmer täglich zu reinigen. Die  
 Admiralität und das Oberkommando zusammen besitzen aber  
 10 Hausdiener, sodaß danach in der Admiralität 250 Dosen täglich  
 zu heizen und 250 Zimmer zu reinigen wären. (Heiterkeit.) Für  
 diese an sich doch einfache Funktion erhält nun der Hausdiener  
 einschließlich des Wohnungsgeldzuschusses, nachdem das Gehalt um  
 150 M. erhöht worden ist, 1445 bis 2040 M. also 4–5,60 Mark  
 täglich. Ist das wirklich eine so schlechte Zivilversorgung wie man  
 es darstellt, wenn man dabei noch die Pensionirung und die  
 Relittenversorgung in Betracht zieht? Man denkt in den Unter-  
 offizierkreisen ganz anders. Dort führt man Klage, daß mitunter  
 eine Anstellungsberechtigung geschaffen wird gerade für solche Stellen  
 in Ministerien, als Privatdiener der Minister, mit Übergebung  
 der Unteroffiziere. In der Kommission hat die Militärverwaltung  
 es so dargestellt, als ob die Stellen von Brieträgern, Schaffnern,  
 Telegraphenbeamten solche seien, die ein ausgedienter Unteroffizier  
 gar nicht annehmen könnte. Nun, nach den Freiheitskriegen habe  
 ich recht viele solcher Brieträger gesehen, vor denen die Wache auf-  
 zog, wenn sie vorübergingen. Da hat Niemand etwas darin ge-  
 funden: Arbeit schändet doch nicht, und wenn man im Unteroffizier-  
 korps wirklich solche Ansichten hat über die Unannehmbarkeit  
 derartiger Stellen, so muß dies daher röhren, daß die Unteroffiziers-  
 schulen neuerlich eine Art von militärischem Selbstbewußtsein er-  
 ziehen, das sich mit den bürgerlichen Verhältnissen absolut nicht  
 verträgt. (Sehr richtig! links.)

In Wirklichkeit ist aber im Unteroffizierkorps gar nicht eine  
 solche Unterdrückung dessen vorhanden, was dem Unteroffizier in  
 dieser Richtung geboten wird. Die Regierungsvorlagen stehen  
 darin mit einander in Widerspruch. Hier wird geagt, die Prämien  
 müssen ausgekehrt werden, um Leute heranzuziehen, die jetzt fehlten,  
 einige Kapitel weiter wird gesagt, es müssen zwei Unteroffizier-  
 schulen neu geschaffen werden, weil wir sonst dem großen An-  
 drang zu den Unteroffizierschulen nicht Rechnung tragen. (Sehr gut! links), und es wird statistisch angeführt, daß  
 während die drei Unteroffizierschulen jährlich nur 465 Knaben  
 aufnehmen können, sich im Durchschnitt der drei letzten Jahre 759  
 Knaben gemeldet haben, welche die Laufbahn als Unteroffiziere  
 einzuladen wünschen. (Hört, hört! links) und die Eltern werden sich  
 doch über die Verhältnisse im Unteroffizierkorps in der Zivil-  
 versorgung vorher erkundigt haben. Der Herr Kriegsminister  
 sprach nun allerdings die Befürchtung aus, daß, wenn die Hoff-  
 nungen in den Unteroffizierkreisen sich nicht erfüllen werden, im  
 nächsten Herbst der Abgang ein besonders großer sein würde. Nun,  
 jeder wird ja wissen, was er hat, und was er bekommt. Wenn es  
 aber richtig ist, daß in Bezug auf Arbeitslöhne gegenwärtig in  
 letzter Zeit eine rückläufige Bewegung stattfindet, und daß die Zu-  
 kunft der Unteroffiziere durch die letzten Gehaltsaufbesserungen er-  
 heblich gefeiert worden ist, so wird sich jeder bedenken, deshalb,  
 weil seine Hoffnungen auf diese 1000 oder einige Hundert Mark nicht  
 erfüllt sind, einem sicheren Post den Rücken zu kehren, um sein  
 Unterkommen in bürgerlichen Verhältnissen, als Privatmann, zu  
 suchen. Für die Verbesserung der Zukunft der Unteroffiziere  
 kommt ja nicht blos die Gehaltsaufbesserung in Betracht, die vor-  
 nermlich für Stellen ausgeworfen ist, auf welche die Unteroffiziere  
 allein einen Anspruch haben, sondern weiter auch, daß man sich  
 jetzt allen Ernstes von allen Seiten damit abgibt, die dü-  
 tarischen Stellen anders zu gestalten und zu verbessern, und gerade

das diätarische Zwischenverhältnis, welches in die Zeit zwischen  
 der Unteroffizierlaufbahn und der Anstellung fällt, ist in seiner  
 Aufbesserung von erheblicher Bedeutung für die Zukunft der Unter-  
 offiziere. Wir haben sodann zu unserer Verwunderung erfahren,  
 daß, abgesehen von den Gendarmen und Schutzleuten, über 1500  
 Zivilversorgungsscheine jährlich ertheilt werden noch vor abgelegtem  
 12. Dienstjahr, und daß die Militärverwaltung in der Vergabe  
 derselben überaus freiheilig ist. Der Begriff „Halbinvalide“ ist ja  
 ein sehr dehnbarer, und Demand kann schon nach kurzer Dienstzeit  
 als Unteroffizier den Zivilversorgungsschein erhalten, wenn er  
 auch bürgerlich von seiner Erwerbsfähigkeit nicht das mindeste  
 eingebüßt hat. Nun haben mich junge Unteroffiziere selbst darum  
 aufmerksam gemacht, daß, wenn diese Praxis fortdauert, diese  
 ganze Maßregel nichts nützt. Denn der Zivilversorgungsschein,  
 der nach drei, vier Jahren den Unteroffizieren ertheilt wird, ist  
 ebensoviel wert wie der nach 12jähriger Dienstzeit, und jeder wird  
 sich bemühen, die Zivilversorgungsschein zu bekommen, um nicht  
 nachher jüngere Leute mit besserer Aussichten vor sich zu haben.  
 Überhaupt wird man, wenn man alle zunächst Verheilten hört,  
 manches erfahren, was die Auffassung bestätigt, daß diese Maßregel  
 in ihrer Tragweite und Wirkung doch nicht nach allen Seiten  
 geprüft ist, wie sie geprüft zu werden verdient.

Herr Windthorst hat bei der ersten Verathung eine ganz andere  
 Auffassung vertreten. Damals glaubte auch er, daß die Prämien  
 an Unteroffiziere noch hinausgeschoben werden könnten, und ich  
 habe ihn durch ein „Hört, hört!“ festgenagelt. Jetzt vertheidigt er  
 seinen Antrag damit, daß er am wenigsten fordere. Ja, wenn es  
 nur darauf ankommt, der Regierung etwas abzuhandeln, so wird  
 die Regierung gut thun, auf solche Taktik sich einzurichten, und  
 künftig immer etwas vorzuschlagen, dann sind beide Theile be-  
friedigt. (Sehr richtig!) Nun ist gerade dieser sogenannte Kom-  
 promißantrag Windthorst das Schlechteste, was überhaupt vor-  
 geschlagen werden kann (Sehr richtig!); die geringe Ersparnis von  
 ¼% wiegt gar nicht die großen Nachtheile auf, welche sie in der  
 Sache selbst mit sich bringt. Der Antrag hat die Nachtheile aller  
 Systeme, aber die Vortheile keines einzigen. Einer der Hauptfeh-  
 wände gegen die Regierungsvorlage ist ja der, daß man, wenn man  
 die Prämien staffweise zu zahlen anfängt, den Abgang vom  
 Militär unter den Eindruck des Grundsatzes „Baar Geld lacht“  
 unter Umständen mehr befördert und beschleunigt, als zurückhält.  
 Dies vermeidet zwar der Antrag Windthorst, aber er hat dafür  
 zur Folge, daß jeder möglichst 12 Jahre dabei bleibt, und daß  
 selbst Offiziere verführt werden, einen Mann, den sie eigentlich  
 nicht für recht tauglich halten, aus einem gewissen menschlichen Ge-  
 fühl so lange beizubehalten, damit ihm die Prämie nicht entgeht.  
 Das hat eine außerordentlich große Verlangsamung des Avancements  
 innerhalb der Unteroffiziere und somit eine ganz entschiedene Ver-  
 schlechterung im Verhältnis der Unteroffiziere zur Folge. Auch die  
 Franzosen hüten sich, die Prämie nur an das Ende der Dienstzeit  
 zu setzen. Es hängt doch nicht vom Unteroffizier ab, ob er 12 Jahre  
 dient, sondern man kapitulirt mit ihm jährlich. Die Aussicht auf  
 die Prämie ist so unsicher, wie sie unsicherer nicht gedacht werden  
 kann. (Sehr richtig! links.) Im französischen System hat dagegen  
 der Unteroffizier eine gesicherte Stellung, man geht mit ihm immer  
 ein Engagement auf 2 oder 5 Jahre ein, und er kann seines Rechtes  
 und seiner Stellung innerhalb des selben nur verlustig gehen, wenn  
 ein Gericht, das zusammengetest ist aus Offizieren und Unter-  
 offizieren, unter Bestätigung durch den kommandirenden General,  
 ihm diese Berechtigung abspricht, während bei uns der Unteroffizier  
 einfach dessen verlustig geht, wenn man nicht geneigt ist, mit ihm  
 weiter zu kapitulieren.

Wenn Herr Windthorst den Eindruck nach Außen hervorhob  
 und meinte, man müsse hier einmal beweisen, daß man im Reichs-  
 tage zu unserem Monarchen stehe und alle Zweifel darüber zer-  
 stören, ja, wer das noch nicht begriffen hat im Ausland, dem ist  
 auch mit den Unteroffizierprämien nicht zu helfen. (Sehr richtig!  
 links.) Und wenn man die Sache so hochpolitisch auffaßt, warum  
 denn, Herr Abg. Windthorst, nur zu? (Große Heiterkeit!) Dann  
 machen Sie doch volle Arbeit, dann nehmen Sie doch die Regie-  
 rungsvorlage an. Zu? oder wie die Nationalliberalen zu? dann macht es weder nach jener Seite noch hier Eindruck.

Diese Frage, die uns hier beschäftigt, ist eigentlich viel weniger  
 eine militärische Frage als eine bürgerliche. Hier handelt es sich  
 um die einfache thatsfällige Frage, was bedeutet die Auszahlung  
 einer Summe von 1000 M. beim Eintritt in das bürgerliche Leben  
 für das Fortkommen, und was macht im Volke das für einen Ein-  
 druck für denjenigen, der in militärische Verhältnisse eintritt, um die  
 Zivilversorgung zu bekommen? In einer solchen dürfen wir uns  
 mindestens so kompetent halten, wie die Militärverwaltung  
 es gerne wir sonst in anderer Richtung auch die technische  
 Überlegenheit der Militärverwaltung anerkennen. Es ist ein ganz  
 neues Prinzip, das in unser Besoldungssystem eingeführt wird, eine  
 Besoldung mit Kapitalabfindung statt mit fortlaufendem Gehalt.  
 Man hat dies Prinzip anderweitig vermieden, weil man sich sagte,  
 es ist sehr zweifelhaft, daß der Mann, wenn er das Geld auf-  
 mal ausgezahlt bekommt, sich eine angemessene Versorgung für sein  
 Lebensende schaffen wird. Pensionen oder Kapitalabfindung – was  
 wirkt mehr? das ist die Frage. Und nun hören wir, daß eine Pensions-  
 novelle nebenbei noch kommen soll. Dann soll man die Frage doch  
 im Zusammenhang lösen. Glauben Sie denn wirklich, daß wenn  
 diese 1000 M. dem Unteroffizier nach 12jähriger Dienstzeit aus-  
 gezahlt werden, hiermit seine Existenz eine so sichere wird? Was  
 soll der Mann, wenn er in das bürgerliche Verhältnis eintritt,  
 einnehmen? damit anfangen? Es ist eine eigene Sache, wenn  
 solche jungen Leute, die von jung auf ganz abgesondert von  
 bürgerlichen Verhältnissen, rein militärisch erzogen und gewöhnt  
 sind, streng militärisch zu leben, die meist Naturalleistungen erhalten,  
 und kaum jemals in die Lage kommen, mehr als ein Zehn- oder  
 Zwanzigmarkstück bei der Lohnung zu bekommen, auf einmal mit  
 1000 Mark sich einzurichten haben. Ich bezweifle auch, ob Ihnen  
 das wirklich immer zur Verfügung stehen wird, oder ob nicht auf  
 die Aussicht auf die 1000 Mark Verbindlichkeiten eingegangen sind  
 mit Bucherzinsen, von denen es mir sehr zweifelhaft bleibt, wie  
 viel von den 1000 Mark noch übrig bleibt. (Sehr richtig!) Wenn  
 Sie aber meinen, die 1000 M. werden von den Meisten nicht be-

mügt, um sich eine bürgerliche Existenz schaffen, sondern nur das Nebengangsvorhaben in die Zivilanstellung zu erleichtern, dann seien Sie sich doch in Widerspruch mit Ihrer eigenen Geringschätzung der Bedeutung der Zivilanstellung. Wenn die Zivilanstellung wirklich so wenig bedeutet, wird dann der Mann geneigt sein, die 1000 Mark dafür anzuwenden, sich das Übergangsverhältnis zu ihr zu erleichtern? Und wenn wirklich alle Wirkungen eintreten, die Sie sich versprechen, was werden die Folgen für die Zivilverwaltung sein? Das Zivilverwaltung ist eigentlich gebürtig worden über die Zweckmäßigkeit der Maßregel, hat man nirgends vernommen. Wenn es Ihnen wirklich gelingt, die Unteroffiziere länger im Dienst zu erhalten, so hat das zur Folge, daß sie im Lebensalter viel später in das Zivilverhältnis eintreten, und in dem Maße, wie dies geschieht, ist der Vorteil der Militär-Verwaltung ein Nachteil der Zivil-Verwaltung. Und in dem Maße, wie die Leute davon abstehen, den Zivil-Besorgungschein zu benutzen, wird die Auswahl der Zivilverwaltungen unter den Unteroffizieren eine ungünstigere sein, und doch müssen sie, so lange sich unter diesen ein Bewerber findet, ihn nehmen. Am allerschlimmsten für die Zivilverwaltung ist aber der Antrag Windthorst. Dieser setzt gerade eine Prämie darauf, daß die Schuhmannschaft und Gendarmerie ihre Mannschaften 3 Jahre später bekommen, und wenn man im Zivilverhältnis das Interesse der Ruhe und Ordnung voranstellt, so hat man doch ein größeres Interesse daran, tüchtige Gendarmen und Schuhleute in früherem Lebensalter zu bekommen, als Rücksicht zu nehmen auf die Haltung der Unteroffiziere in Strafkämpfen. Wir wissen aus dem preußischen Landtag, wie schwer es ist, Gendarmen und Schuhleute in geeigneter Zahl zu kommen und festzuhalten, und haben uns daher bemüht, die Kompetenzen dieser Leute zu verbessern. Während wir also dort mehr Geld bewilligt haben, um die Unteroffiziere reichlicher der Gendarmerie zuzuführen, wird hier mehr Geld bewilligt, um sie von der Gendarmerie abzuhalten. Das ist eine Paralyse der beiden Bewilligungen.

Die Neuherierung des Reichskanzlers in Betreff der Sozialdemokratie bedauerte ich gerade im Interesse der Bekämpfung der Sozialdemokratie. Sein Vorgänger ist in mancher Beziehung ein Nährvater der Sozialdemokratie gewesen, und um so weniger möchte ich, daß eine falsche Methode der Behandlung, wenn auch in anderer Richtung, eingeschlagen wird, von der gegenwärtigen Regierung. Der Herr Reichskanzler hat auch die Vorlage seiner drei organischen Gesetze im preußischen Abgeordnetenhaus eingeleitet mit einem Hinweis auf den Kampf mit der Sozialdemokratie. Wenn Sie in dieser Weise alle Ihre Vorlagen in irgend eine Verbindung mit der Sozialdemokratie bringen, so müssen Sie doch in weiten Kreisen des Volkes die Vorstellung erwecken, als ob die Sozialdemokratie die einzige treibende Kraft im Staat ist. (Sehr wahr! links.)

Die Herren haben das sehr gerne (Heiterkeit), und der Herr Reichskanzler hätte nur gestern ihr vergnügtes Gesicht sehen sollen. Es wird schon jetzt die Darstellung verbreitet, als ob alle diese Fortschritte, Verbesserungen einzelner Klassen gar nicht vorhanden wären, wenn die Sozialdemokratie nicht vorhanden wären. Eine solche Ueberschätzung der Sozialdemokratie wird begünstigt durch solche Ausführungen.

Am meisten bedauert aber habe ich den Zusammenhang, in den der Herr Reichskanzler diese Frage gebracht hat mit dem Verhalten der Unteroffiziere. Der Reichskanzler hat es so dargestellt, als ob die Aussicht auf 1000 Mark Prämie im Stande sei, für die Strafkämpfe diejenige Begeisterung und Opferfreudigkeit unter den Unteroffizieren zu erzeugen, die sie in der Schlacht zeigen, als ob die Tausendmarkprämie sie bewegen könnte, bedingungslos zu sterben. Wenn der Mann stirbt und hat noch nicht zwölf Jahre gelebt, so macht ihm die Aussicht auf die 1000 Mark auch nichts, nicht einmal für die Hinterbliebenen. Wer an die Utopien der Sozialdemokratie glaubt, oder wirklich der Meinung ist, daß es bloß in der Macht des Staates liegt, dem könnte man das Gehalt eines Stabsoffiziers geben, der wird von diesem Glauben an die irische Glückseligkeit nicht durch die Gewährung einer Prämie von 1000 Mark am Ende von 12 Jahren zurückgeführt werden.

Der Herr Reichskanzler machte eine Neuherierung, die sich speziell auf uns bezog. Er sagte, wir hätten es gerne gehört, daß er das Gute nehme, wo er es bekomme, und er thue es, und wir sollten seinem Beispiel darin folgen. Wir brauchen seinem Beispiel darin nicht zu folgen; denn wir haben es immer gethan, ihm gegenüber und auch andern gegenüber. Was wir in der Regierungsvorlage auf gut finden, das nehmen wir an, und wenn wir dieses ablehnen, so liegt das bloß daran, weil wir es nicht für gut halten. (Lachen rechts.) Sind Sie denn der Meinung, daß man mit der Regierung durch Dick und Dünn gehen muß? Wir werden den Gesetzen, die wir für gut halten, die wir auch nur als bescheidene Fortschritte ansehen, in dieser Sessjon im Reichstag und im Landtag zustimmen. Der Herr Reichskanzler scheint zu meinen, daß es bloß darauf ankommt, recht viel Geld zu bewilligen. Auch in dieser Beziehung brauchen wir ihm nicht erst zu beweisen, daß wir das Gute nehmen, wo wir es finden. Was wollen denn schließlich diese 4 Millionen besagen jenen großen Bewilligungen gegenüber, die wir soeben eintreten lassen 1888 nach der Annahme des neuen Wehrgesetzes, jener Kredite von Hunderten von Millionen zur Durchführung derselben? Was wollen diese vier Millionen sagen gegenüber der Bewilligung anderer Summen, die wir noch im diesjährigen Etat im Plenum und in der Kommission beschlossen haben? Es haben schon höhere Forderungen das Haus passirt, ohne daß wir sie beanstandet haben; es wird das bei größeren noch weiter der Fall sein. Und wenn irgend etwas das Ausland importiren kann in den diesjährigen Budgetverhandlungen, so ist das weit mehr als die Frage der Unteroffizierprämien der Umstand, daß das Haus mit großer Mehrheit, uns eingeschlossen, sich entschließt, die großen Ansprüche von mehr als 12 Mill. anstandslos zu bewilligen, welche die neue Munition dauernd in jedem Jahre erheischt. Von dem, was wir bewilligen, sprechen wir nicht erst, weil wir es nicht lieben, uns in Bezug auf die Bewilligung im Heer und Marine lieb Kind zu machen. Der Reichskanzler forderte uns auf, zu beweisen, daß wir zu den staatserhaltenden Parteien gehören. Der Staat wird im letzten Grunde erhalten von den Steuerzähler, und die Schonung der Volkskraft gehört auch zur Staatserhaltung. Montecuculi — einige Geschichtsschreiber wollen sogar beweisen, daß er zu den Vorfahren des Reichskanzlers gehört habe — hat den Ausspruch gethan, daß die Schonung der Volkskraft auch viele Erfolge, gerade im Kriege mit sich bringt. Und gerade wenn schon durch diesen Militäretat nach Abzug von Allem, was wir nicht bewilligen, eine Erhöhung wiederum eintritt von 20 Millionen fortduernden Ausgaben, dann sollen wir umso mehr uns bedenken, auch diese Bewilligungen zu machen. Staatserhaltende Parteien! Das Stichwort ist einigermaßen in Wirklichkeit gefommen. Staatserhaltend war vor einem Jahre, wenn man für das Sozialistengesetz stimmte. Heute finden Sie, daß der Zustand ohne das Gesetz mehr geeignet ist, den Staat zu erhalten. Das verdanken Sie aber lediglich uns, die wir demjenigen, was für Staatserhaltend ausgegeben wurde, nicht zugestimmt haben. Unterstaatserhaltend verstehe ich auch auf dem Gebiete des Militär- und Marinewesens durchaus nicht, immer das zu thun, was die Regierung verlangt. Die Regierung ist überhaupt nicht unfehlbar. Daran glaubt man heute auch in keiner Partei mehr, und wenn so ein Glaube bestände, so müßte er doch verschwinden, wenn man sieht, wie rasch gerade in der Militär- und Marinaverwaltung die Reformen wechseln, und dabei verschiedene Systeme zur Anwendung

bringen, wobei der Nachfolger das als unumgänglich bezeichnet, was sein Vorgänger als melancholische Auffassung bezeichnete (Sehr richtig!). Wir glauben am besten den Staat zu erhalten, wenn wir uns selbstständig entscheiden, wie es nach Pflicht und Gewissen unserer Ansicht nach am besten für den Staat der Fall ist. Wir können hier diese Bewilligungen nicht eintreten lassen, weil einmal die Summe eine außerordentlich große ist, und vor allem das gewählte Mittel in seinen Wirkungen so zweckhafter Natur zu sein scheint, daß wir nicht glauben, damit im Interesse des Unteroffizierstandes zu handeln, dessen Tüchtigkeit zu erhalten, wir mit der Regierung durchaus das Interesse jederzeit befunden. (Lebhafte Beifall links.)

Reichskanzler v. Caprivi: Die freundschaftlichen Rathschläge von Herrn Richter in Bezug auf die Sozialdemokraten werden mich nicht abhalten, bei jeder Gelegenheit darauf zurückzufommen. Wir haben nun einmal die Überzeugung, daß das die Frage ist, die für das Ende dieses Jahrhunderts die herrschende sein wird. Ich habe den dringenden Wunsch, daß sie auf organischem Wege gelöst werde; ob der Wunsch aber erfüllbar sein wird, vermöge ich nicht vorher zu sagen. Wenn man die sozialdemokratischen Schriften liest, kann man gar nicht glauben, daß diese Theorieen ohne Berührung des Staates zur Einführung kommen können. Man hat daher die Pflicht, einen sischen Kampf mit den bestehenden Verhältnissen ins Auge zu fassen. Ich habe nicht die Bejogniz, daß, wenn man diese Dinge offen bespricht, man dadurch die Gefahr vergrößert. Das macht keineswegs den Eindruck, als sei die Sozialdemokratie die einzige treibende Kraft im Reich. Sie ist aber zur Zeit die größte Gefahr, und darum müssen die Kräfte zu ihrer Bekämpfung bei jeder neuen Gelegenheit ergänzt werden. So lange ich die Ehre habe, an dieser Stelle zu stehen, wird kein Gesetz eingebracht, keine Maßregel vorgeschlagen werden, die nicht von dem Standpunkt aus geprüft worden ist: Wie wirkt sie auf die sozialpolitische Frage ein? Dadurch, daß die Regierung über die Sozialdemokraten spricht, wird sie ihr Ansehen nicht schädigen, und Herr Richter kann es vertrauensvoll der zeitigen Regierung überlassen, ihr Ansehen selbst wahrzunehmen (Sehr wahr! rechts). Wir können auf seine Unterstützung bereitwillig verzichten.

Die Unteroffiziere sollen die Tausendmarkprämie nicht haben, um dafür zu sterben, sondern wir wollen bessere Elemente bekommen und die guten Elemente lange erhalten. Die Unteroffiziere sterben nicht für Geld, sondern für die Ehre. Die Ehre dem materiellen Gewinn vorzuziehen, ist seit jeher in dem Offizierscorps Brauch gewesen, und ein Unteroffiziertorps ist es ebenso. (Zustimmung rechts.) Wir stehen aber vor schwierigen Verhältnissen, und für diese brauchen wir bessere Unteroffiziere als bisher.

Herr Richter meinte, die Fortschrittspartei käme uns entgegen und sei auch gesonnen, mit uns zu thun, vorausgesetzt, daß das, was wir thun, gut sei. Genau in demselben Verhältnis befindet sich mich zur Fortschrittspartei, kann aber nicht leugnen, daß das, was die Fortschrittspartei tut, meist nicht gut ist; ich nehme an ihr nur ein negirendes Verhalten wahr. Seit 1866 hat sie 61, seit 1871 45 Gesetze widergesprochen. So lange sie einen solchen Standpunkt innehat, kann keine Regierung, es sei denn eine aus der Fortschrittspartei, mit ihr in eine engere Verbindung treten (Zustimmung rechts). Ich habe durchaus nicht das Interesse, den Steuerzähler zu belästigen, sondern nur das Interesse, braucht are Unteroffiziere zu bekommen. — Wir nehmen wohl die nötige Rücksicht auf die Zivilbehörden, weil wir wissen, welche Bedeutung die Zivilversorgung für den Unteroffizier hat, und weil wir wünschen, in den Unteroffizieren eine Klasse zu erziehen, welche auch an ihrer Zivilstellung mit ihrem ganzen Dasein an den Staat gebunden ist. Ich gebe aber zu, daß bei dieser Vorlage eine Anfrage an die Zivilbehörden nicht gereichen ist.

Die Voraussetzung, daß diese Vorlage eine ganz unerwartete ist, trifft nicht ganz zu. Ich habe schon lange die Ansicht vertreten, daß etwas für den Unteroffizierstand geschehen muß. Würden wir seit Frühjahr diese Gedanken haben, so könnten wir die nötig erscheinende Abhilfe nicht schon jetzt eintreten lassen. Das Verfahren, das wir vorschlagen, ist durchaus kein willkürliches, sondern wir sind im Besitz eines Reglements über Anstellung und Versorgung der Offiziere im Zivildienst, das vom Bundesrat nach jahrelanger Hin- und Herschreibung zustande gekommen ist, das auf dem Militärpensionsgesetz vom Jahre 1871 basirt. Wir haben also durchaus nicht überlegt gehandelt.

Zu alte Unteroffiziere wollen wir auch nicht haben, schon weil der Dienst für die Unteroffiziere ein immer anstrengender geworden ist. Unser Vorschlag wird aber auch keineswegs dazu beitragen, sie angemessen lange in der Front zu erhalten, weil ja die Prämien nicht über 12 Jahre hinaus steigen. Die Prämien werden auch nicht auf das Avancement ungünstig zurückwirken. Die Unteroffiziere werden nur dann im Dienst bleiben, wenn ihnen das besonderen Vorteil bietet, und in solchen Fällen wird der Zulauf ein gleich großer sein, wenn auch das Aufsteigen in die höheren Stellen langsam ist.

Herr Richter führt meinen Herrn Amtsvorgänger im Gegensatz zu mir auf und stellt eine Art von Kampf zwischen uns Beiden dar. Es gereicht mir zur Befriedigung, daß er sich diesmal auf die Seite meines Herrn Amtsvorgängers stellt. Die Presse Ihrer Partei läßt einen solchen Kampf zwischen mir und meinem Herrn Amtsvorgänger schon lange im bengalischen Feuer erscheinen, und mir ist für einen solchen Kampf, der faktisch nicht existirt, (hört, hört! rechts) die von jener Seite angebotene Bundesgenossenschaft allemal unheimlich gewesen und ich freue mich, daß der Herr Abgeordnete endlich einmal auf der anderen Seite steht. (Beifall rechts.)

Wenn Herr Richter die Haussdiener in der Admiralität, auf welche er sich bezog, sehen würde, so würde er mir glauben, daß sie nicht herrlich und in Freuden leben. Ihr Beruf besteht keineswegs bloß im Osenheizen, sondern sie haben eine ganze Reihe schwerer Pflichten, und nirgends habe ich s. B. so viele Beschwerden erhalten als von diesen Haussdienern über die von ihnen verlangte zu grobe Arbeit, und ich habe Ihnen im Innern recht geben müssen.

Wenn ich von der Sozialdemokratie gesprochen habe, so habe ich andererseits keinen Zweifel darüber gelassen, daß wir der Gefahr ganz ernst ins Auge sehen. Durch die Vorlagen, welche die Regierung seit Jahren gemacht hat, ist zur Genüge bewiesen, daß wir uns der Pflicht bewußt sind, organisch einzuwirken, und wenn irgend ein berechtigter Grund zum Mißvergnügen für die Sozialdemokratie da sein sollte, dem entgegenzutreten. Wir wollen in dieser Richtung ein gutes Gewissen haben, wir wollen aber in einer anderen Richtung, wenn Gott verbüte, es zu ersten Dingen kommen sollte, auch eine feste Hand haben. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. F. Frege (kons.): Wendet sich gegen die gestrigen Ausführungen des Abg. Hauffmann, dem gegenüber er meint, daß finanzielle Bedenken hier nicht geltend gemacht werden können. Den Gegensatz zwischen den Abg. Richter und Windthorst begrüßt er als Anfang einer Klärung der politischen Lage. In dieser rein technisch-militärischen Frage müsse man sich eines selbständigen Urtheils gegenüber den militärischen Sachverständigen enthalten. Die Gewährung der Dienstprämien sei eine berechtigte Unterstützung einer fürs Wohl des Reiches, besonders werthvollen Klasse der Staatsbürger. Die Maßnahme sei eine volkswirtschaftlich richtige.

Abg. Dr. B. Beningen (nl.): Es war ja erfreulich, daß Herr Grillenberger die revolutionäre Tendenz der Sozialdemokratie in Abrede stellt. Das steht aber in Widerspruch mit dem fürsätzlich veröffentlichten Programm des Karl Marx, des geistigen Hauptes der

Sozialdemokratie, der als Zwischenzustand vor der neuen Ordnung die Diktatur des Proletariats in Aussicht nimmt. Das ist doch nicht möglich im Wege des ruhigen Übergangs, sondern nur im Wege der Gewalt. Die Notwendigkeit einer Besserung der Lage der Unteroffiziere haben auch die Redner der Linken nicht bestritten, auch Herr Richter nicht. Das ist ja auch nur die Konsequenz der Auffassung, für die gering besoldeten Beamtenklassen etwas zu thun. Andererseits ist es falsch zu glauben, daß diese Aussage eine unpopuläre sein wird, die großen Kreise der Volksmassen werden die Besserstellung der Unteroffiziere anerkennen. Aber selbst die Unpopulärität vorausgesetzt, so mögen gewisse Parteien es ihrer Popularität zu Liebe den anderen Parteien überlassen, das Rothwendige zu bewilligen, diese werden trotzdem ihre Schuldigkeiten.

Ich halte den Antrag Hammacher für besser als den Antrag Windthorst, werde eventuell natürlich für den letzteren stimmen. Der Einwand der Belastung der Steuerzähler verschwindet zum größten Theil nach der vorgeschlagenen Verkürzung der Summen. Die Verkürzung auf künftige Reformen zu Gunsten der Unteroffiziere kann wenig befürchten. Noch weniger wird man den Unteroffizieren selbst mit der Aussicht erfreuen, daß sie Subalternoffiziere werden können. Sie würden nicht nur in eine sozial für sie äußerst unbehagliche, sondern wirtschaftlich ganz unhaltbare Stellung kommen, da ihnen das an Subalternoffiziere verlangte Mindestvermögen fehlt. Eine solche Umwandlung wäre also geradezu ein Unglück.

Wenn man einwendet, daß das Prämienystem nicht die geeignete Hilfe biete, so sollten die Herren doch andere Vorschläge machen. Die allgemeine Wendung, daß es irgend welche bessere Mittel zur Aufbesserung der Unteroffiziere giebt, reicht da nicht aus. Gegebenen muß etwas, um den Übergang der Unteroffiziere in den Zivildienst zu erleichtern. Dieser Übergang bringt sowiel Schwierigkeiten mit sich, daß die Leute jahrelang mit Sorgen deshalb zu kämpfen haben, und daß viele dadurch wirtschaftlich und moralisch ruinirt worden sind. Das werden die Prämien künftig verhindern. Der Einwand von Herrn Richter, daß die Zivilanstellung wertvoller ist als die Prämie, berücksichtigt nicht, daß nur ein Drittel der Militärväter angestellt werden und die Vermehrung der Unteroffiziere verschlechtert das Verhältnis noch. Andererseits haben die Bezüge der Unteroffiziere eine relative Verschlechterung erfahren durch Lohn erhöhungen der letzten Jahre, wenn diese dem letzten Jahre auch durch die frivolen Streites zum Stillstand erfahren haben. Vergleicht man die Löhne des Unteroffiziers mit der eines hervorragend tüchtigen Arbeiters — und nur solche Vergleiche sind zutreffend — so sind unleugbar die Unteroffiziere schlechter daran. Unter diesen Umständen kann man es der Regierung nicht verdenken, daß sie eine Besserung vorschlägt, um einem steigenden Manquement vorzubeugen. Die Prämien sollen ja nicht das einzige Hilfsmittel sein, sondern nur eins von mehreren. Wir müssen zur Erhaltung eines tüchtigen Unteroffizierstandes, so lange kein besserer Weg gezeigt wird, diesen Weg der Prämien wählen. Nur dann können wir in der Schaffung einer tüchtigen Armee fortfahren, welche wir brauchen in Hinsicht auf das Ausland; denn unsere westlichen Nachbarn haben uns erst neuerdings nicht in Zweifel gelassen, daß sie den Gedanken einer Revanche und Wiedererwerbung von Elsaß-Lothringen nicht aufgegeben haben.

Abg. Grillenberger (Soz.): Ich habe stets die Ansicht vertreten, daß die Entwicklung des Kapitalismus von selbst dahin drängt, einer neuen Gesellschaftsordnung Platz zu machen. Mit den anarchistischen Elementen werden wir selbst fertig werden. Es ist darum Unrecht von der Regierung, solche Drohungen anzusprechen. Was der Herr Reichskanzler will, das wollen wir auch, eine Umgestaltung der Verhältnisse auf friedlichem Wege. Aber die herrschenden Klassen müssen durchgreifen und mit etwas mehr Gerechtigkeit reformieren. Die Drohungen der Regierung fordern die Arbeiter geradezu auf, solchen Gedanken der Gewaltthätigkeit Platz zu gewähren. Ich verwahre meine Partei vor dem Vorwurf, daß sie die Verhältnisse durch gewaltfame Revolution umgestalten will. Wir haben uns eben unser Programm nach den deutschen Verhältnissen zurecht gemacht, und darum sind wir nicht den revolutionären Bestrebungen von Marx gefolgt. Ich würde vorschlagen, daß man zur Bekämpfung der Sozialdemokratie die Richter'sche Broschüre jedem Unteroffizier giebt, welche ja in Partien billiger ist. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Windthorst (Str.): Wendet sich gegen den Vorwurf, daß das Zentrum eine eigenthümliche Ersparnispolitik treibe. Das Zentrum erwartet da, wo es notwendig und angängig ist, bewilligt aber auch Alles, was notwendig ist. Das eine gewaltfame Richtung, die Marx'sche, in der Sozialdemokratie herrsche, beweise die jetzige Uneinigkeit unter den Sozialdemokraten nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes.

Abg. Richter (dfr.): Ich protestiere dagegen, daß man sogar diese einfache Zweckmäßigkeitfrage mit den Ereignissen, die sich jetzt in Frankreich abspielen, zusammenbringt. Ich wünschte, daß man in ganz Deutschland sich mit vornehmen Ruhe verhält gegenüber dem, was dort geschieht. Das kann uns weder erregen, noch irritieren. Von allen Militärvorlagen her sind uns die Worte: „unentbehrlich, im Interesse der Armee notwendig“, sehr geläufig. Und trotz aller Abstriche blieb die Armee, was sie war.

Wir wollen jedes sachliche Argument in dieser Frage hier gegen uns gelten lassen. Die Rede des Reichskanzlers hatte aber einen ganz anderen Charakter. Warum sollen wir in dieser Frage nicht auch kompetent sein? Unsere Ansicht wird von kompetenten Beurtheilern getheilt. Im vorigen Etat war auch mein Wort von diesen „notwendigen“ Prämien die Rede. Wir halten sie für gerecht, und aus dieser Überzeugung lehnen wir diese Forderung ab, selbst auf die Gefahr hin, unpopulär zu werden. Der Vorwurf, daß wir nicht positive Vorschläge machen, trifft uns nicht. In der Kommission hat doch Herr Hinz vorgegeschlagen, bei den Unteroffizieren das System der Alterszulagen einzuführen. Außerdem haben meine Freunde in der Kommission ausdrücklich das Bedürfnis bestritten, sie haben nur ein Übergangsstadium anerkannt.

Der Reichskanzler hat es übel genommen, daß Herr Richter sein Bedauern ausgesprochen hat, daß er die Unteroffizierprämien im Zusammenhang mit der Sozialdemokratie gebracht hat. Dieses Bedauern theile ich vollkommen. Wenn die Sozialdemokraten hier jede Gewaltthätigkeit weit von sich abweisen, so sollte man das dankbar annehmen. Es ist nicht gut, daß man sie immer daran erinnert, daß sie doch einmal würden an die Gewalt appelliren müssen. Und sollte die Gefahr wirklich kommen, sollte die Armee von sozialdemokratischen Ideen durchsetzt sein, dann wird Ihnen mein Mittel helfen, dann wären wir allerdings rettungslos verloren. Ich glaube an diese Zukunft nicht, ich habe das Vertrauen zu der Festigkeit unseres Staatswesens, daß das nicht passieren kann, und deshalb werde ich auch dies absolute bedeutungslose Mittel nicht bewilligen. (Beifall.)

Der Herr Reichskanzler hat gesagt, man müsse bei allen Dingen die Sozialpolitik in Betracht ziehen. Ach, ich wünschte dringend, daß der Herr Reichskanzler sich bei der Frage des Zolltariffs diesen Standpunkt zu eigen mache. (Lebhafte Beifall links.)

Der Herr Reichskanzler hat heute zweimal genau wie sein Amtsvorgänger sich uns gegenüber verhalten. Er hat zunächst, wie es scheint, gar keine Kenntnis davon, daß eine Fortschrittspartei gar nicht mehr existiert. (Lachen rechts.) Genau so wie sein Amtsvorgänger hat er aus einem Wahlflugblatt von 1866 uns das Sündenregister der Fortschrittspartei vorgetragen. Eine ganz mer-

würdige Ähnlichkeit zwischen Herrn v. Caprivi und dem Fürsten Bismarck fand ich aber in der Erklärung, daß es ihm unheimlich geworden sei bei der Zustimmung der Fortschrittsprese (sehr richtig!) Die Rede hat, wenn nicht die Absicht, so doch den Erfolg gehabt, gewisse Besorgnisse auf der rechten Seite zu zerstreuen, als ob wir uns an ihn herandrängten. (Lebhafte Beifall links, Lachen rechts.) Er hatte die Ablehnung nicht nötig, da ein Antrag nicht gestellt worden war. (Lebhafte Beifall links.) Wir verlangen keine Bevorzugung, sondern nur gleiches Recht, welches im Verfassungsstaat jede Partei für sich in Anspruch nehmen kann. Die heutige Debatte hat mich lebhaft an die einstige Diskussion über den Direktor im Auswärtigen Amt erinnert. (Lebhafte Zustimmung links.) Es besteht zwischen beiden eine frappante Ähnlichkeit. Wir haben zehn Jahre lang in dem Feuer der Reichsfeinde gestanden, wir haben das Feuer ausgehalten, und große Kreise des Volkes sind an uns nicht irre geworden. Wir werden auch durch die Rede des Reichskanzlers nicht irre werden in unserer Ansicht. Wir sind in unseren Bestrebungen unabhängig genug, daß wir auf das offizielle Zeugnis verzichten können, zu den staatserhaltenden Parteien zu gehören. (Stürmischer Beifall links.)

Hierauf wird die Diskussion geschlossen.

Abg. Richter (persönlich): Die Rede des Reichskanzlers war gespickt mit persönlichen Ausfällen gegen mich. Dieselben waren weder veranlaßt durch die Frage der Unteroffiziersprämien, noch durch meine vorherigen Ausführungen. Sie entsprachen offenbar einem Bedürfnis der Regierung, in den pendelartigen Schwankungen ihrer Politik diesmal durch Angriffe gegen uns die rechte Seite zu befriedigen. (Lebhafte Beifall links.) Im Rahmen einer persönlichen Bemerkung kann ich hierauf nicht erwidern. Zu einer Generalabrechnung mit dem Herrn Reichskanzler aus Anlaß seiner heutigen Rede aber wird sich die Gelegenheit demnächst anderweitig darbieten. Ich habe den Herrn Reichskanzler von Anbeginn an und beständig als einen politischen Gegner betrachtet. Ein gemeinsames Tafeltuch zwischen ihm und mir hat niemals bestanden. Nur eine Besicherung in der persönlichen politischen Kampfsmethode hatten wir von ihm gegenüber seinem Vorgänger erwartet. In dieser Beziehung alle Illusionen zerstört zu haben ist das Verdienst seiner heutigen Rede. (Lebhafte Zustimmung links.) Seine Methode gegenüber seinem Amtsvorläger ist nicht besser, dafür in Abwehr der verschiedenartigen Persönlichkeiten desto unwirksamer geworden. (Lebhafte Beifall links, große Unruhe rechts).

In der Abstimmung wird der Antrag Windhorst angenommen. Dagegen stimmen Freisinnige, Sozialdemokraten, Volkspartei und einige Zentrumsbürgern ab.

Der Rest des Kapitels wird ohne Debatte bewilligt und das Haus vertagt die weitere Berathung auf Montag 1 Uhr. Schlüß 5 Uhr.

## Telegraphische Nachrichten.

**Metz.** 1. März. In einer hier stattgehabten äußerst zahlreich besuchten Volksversammlung wurde beschlossen, eine Resolution an den Bundesrat, den Reichstag und an das Elsaß-Lothringische Staatsministerium abzusenden, welche sich gegen die geplante Tarifreform und für den Bonenttarif ausspricht.

**Weimar.** 28. Febr. Der ehemalige Staatssekretär des Reichsmarine-Amts Konter-Admiral Heusner ist gestern Abend hier am Herzschlag gestorben.

**Wien.** 1. März. Wie die „Zeitschrift für Eisenbahnen und Dampfschiffahrt der österreichisch-ungarischen Monarchie“ meldet, schweben zwischen der deutschen Reichsregierung und Österreich-Ungarn Verhandlungen, um im Eisenbahnbetriebs-Reglement die infolge des Berner Uebereinkommens sich als nothwendig erweisenden Änderungen gemeinsam durchzuführen.

**Petersburg.** 1. März. Das „Journal de St. Petersburg“ sagt, der verdrießliche Pariser Zwischenfall habe einen leichten Schatten auf die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland geworfen, indem sei zu hoffen, daß man sich auf beiden Seiten der Bogenen bemühen werde, denselben zu be seitigen.

**Paris.** 1. März. Die gesammte Presse sieht den Erlaß des deutschen Reichskanzlers, betreffs der Passvorschriften als die Folge der jüngsten Zwischenfälle an, meint jedoch, es sei Elsass-Lothringen, das unter der Repressalie hauptsächlich leide.

Der „Tempo“ sagt, es sei aus der Maßnahme, welche die Elsfäßer für die Unflüchtigen und Schwächen der Pariser Bevölkerung büßen läßt, eine Lehre für die Zukunft zu ziehen.

Die Haltung Frankreichs, so tadellos dieselbe tatsächlich gewesen, habe nicht der Erwartung unparteiischer Beobachter entsprochen, welche glaubten, Frankreich könne die Beziehungen zu dem Nachbarlande leichter und normaler gestalten.

Die allgemeine Empfindung sei gewesen, man müsse sich Angeichts der Agitation der Boulanger und Bonapartisten um so fester und vernünftiger zeigen; leider glaubten die Verständigen Alles gethan zu haben, wenn sie keine Extravaganzen beginnen, während ihr Stillschweigen den Lärm Anderer, nach welchen man uns beurtheilt, noch lauter erscheinen lasse. Wie viele Franzosen außer den Mitgliedern des kaiserlichen Hofes und drei bis vier Journals wollten 1870 den Krieg! und doch habe man in Europa sagen können, das Land habe ihn verlangt.

Das Journal „Paris“ sagt: Hofft man, wir würden aus unserer seit 20 Jahren bewahrten Ruhe herausgehen? Nur Jene, welche innere politische Interessen dabei haben, drängen uns dazu; ihre Manöver werden aber fruchtlos bleiben wie alle Bemühungen uns zur Verzichtleistung auf das uns Gebührende zu veranlassen.

Dasselbe Blatt theilt mit, Boulanger sei im Einvernehmen mit seinen Parteifreunden nach Brüssel gekommen, in der Hoffnung, daß Zwischenfälle es ihm ermöglichen würden die Grenze zu passieren. Das erkläre auch die heizerische Sprache der boulangistischen Blätter.

**Paris.** 1. März. In einer gestern abgehaltenen Versammlung von Boulangeren des 13. Arrondissements, an welcher gegen 600 Personen teilnahmen, feierten mehrere Redner die Vorgänge der letzten Tage als einen Sieg der boulangistischen Partei über die Regierung, welche gezwungen worden sei, sich vor der Patriotenliga zu beugen. Derouede, stürmisch begrüßt, verlas einen Brief des Malers Detaille, in welchem letzterer erklärt, daß sein Patriotismus

aus dem Streit der jüngsten Tage neu gestärkt hervorgegangen sei. Die Versammlung beschloß, Rochefort, Laurent und Gassac silberne Denkmünzen für ihre Haltung zu überreichen.

Wie es heißt, wird Boulanger nicht mehr nach Jersey zurückkehren.

**Paris.** 1. März. Diejenigen imperialistischen Komites, welche Anhänger des Prinzen Viktor sind, hielten heute eine Versammlung ab und bestätigten in der Tagesordnung die Erklärung ihres Präsidenten vom 26. Februar, worin diese den Anschluß an die Republik aussprachen.

**Paris.** 1. März. Bei dem heutigen Rennen in Antenil wurde die gestern von dem Minister des Innern angekündigte Unterdrückung der Rennmetten noch nicht in Vollzug gesetzt. Gleichwohl wurde die Maßregel von verschiedenen Gruppen sehr lebhaft erörtert, ohne daß indessen ein Zwischenfall vor gekommen wäre.

**Sofia.** 1. März. Dem Präsidenten der Synode Gregor wurden bei Gelegenheit der Geburtstagefeier des Prinzen Ferdinand die Insignien des Alexanderordens erster Klasse in Brillanten verliehen. Die Obersten Mütterow und Nicolajeff wurden vom Prinzen zu Generalmajors ernannt. An Mütterow richtete der Prinz auch noch ein Handschreiben, in welchem er dem Danke für dessen Thätigkeit als Kriegsminister warmen Ausdruck gab.

**Bombay.** 1. März. Nach hier vorliegenden Nachrichten wurde auf den politischen Agenten Englands in Süd-Beutschistan, Major Muir, von Eingeborenen ein Attentat verübt. Major Muir wurde schwer verwundet und hat u. a. den Verlust zweier Finger zu beklagen; indes werden die Wunden desselben als nicht lebensgefährlich angesehen. Die Angreifer sind entkommen.

**Hamburg.** 28. Febr. Der Postdampfer „Russia“ der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Aktiengesellschaft ist, von Newyork kommend, heute Mittag 12 Uhr auf der Elbe eingetroffen.

**Hamburg.** 1. März. Der Postdampfer „Baleia“ der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Aktiengesellschaft hat, von Newyork kommend, gestern 6 Uhr Abends Lizard passiert.

**Triest.** 1. März. Der Lloyd-dampfer „Hungaria“ ist heute Nachmittag 3½ Uhr, aus Konstantinopel kommend, hier eingetroffen. Der Lloyd-dampfer „Achille“ ist heute Nachmittag 5 Uhr, aus Alexandrien kommend, hier eingetroffen.

## Angekommene Fremde.

**Posen.** 2. März.

Mylius Hotel de Dresde (Fritz Bremer). Geh. Ober-Rat Dr. Schneider aus Berlin, Geh. Ober-Rat Perius aus Berlin, Ober-Landesgerichtsrath Kreis aus Bromberg, Amtsrichter Brzinski aus Samter, Rittergutsbesitzer Baarth und Tochter aus Modrz, Rechtsanwalt Aronjohm aus Berlin, Posthalter Weiß aus Pinne, Stud. jur. Welsch aus Tübingen, Sef.-Lieut. Frhr. v. Tettau und Bed. aus Posen, die Kaufleute Rhumbler und Haupt aus Frankfurt a. M., Fabrikant Koslanski aus Krakau, die Kaufleute Müller aus München, Kiegler aus Waldenburg, Neumann aus Mannheim, Hanff und Cohn aus Berlin, Kahn aus Aachen, Monk aus Danzig, Bilienski aus Leipzig, Delhaas aus Aachen, Cohen aus Berlin, Bernstein aus Newyork.

Hotel de Rome. — F. Westphal & Co. Die Rittergutsbesitzer Lieut. v. Grabowski und Frau aus Dobrojnik, Schulz aus Jutroschin, Rodatz aus Lentsch, Wiczynski aus Gunzyn, Frau Kummer aus Bunzlau, Frau Berndt aus Wylczy, Student Hosemann aus Berlin, Chemiker Machard aus Opalenica, Hauptamts-Assistent Rau aus Pogorzelice, die Kaufleute Humberg, Burghardt, Jahn, Wehner, Pinner, Meyer, Greiner, Elisch und Meher aus Berlin, Frank aus Krefeld, Bauer und Frau aus Rakel, Engelke aus Kannstadt, Modes und Lewin aus Leipzig, Bergfeld aus Altona, Deiersberg aus Aachen, Bier aus Dresden, Sichel aus Mainz, Kurzig aus Grimberg, Barraich aus Bunzlau, Edhard aus Hanau, Wehner aus Stettin, Hinrichsen aus Hücks wegen, Büchler aus Pforzheim, Friedmann aus Breslau, Brandt aus Dresden, Beyer aus Hamburg, Becker aus Schrimm, Tackt aus Hützenwagen, Unger aus Schrimm, Gebhard aus Hanau, Friedmann aus Berlin, Rittergutsbesitzer Winkler aus Buchwald, Kaufmann Lässer aus Leitwich.

Grand Hotel de France. Die Rittergutsbesitzer Skrydzewski aus Mechlin, Rakowski aus Grodzisko, Paliszewski aus Gembl, Stefan und Leon Wodzinski aus Krakau, Kreis-Bau-

inspektor Hauptuer aus Schrimm, die Rechtsanwälte Scheller aus Warschau und Hahn aus Wongrowitz, Kaufmann Petrich aus Rogasen, Frau Gurewska aus Warschau.

Stern's Hotel de l'Europe. Direktor Seeger aus Berlin, Bankier Behreuz aus Dresden, die Kaufleute Seyring aus Erfurt, Elsing aus Magdeburg, Brandes aus Amsterdam und Schindler aus Plauen, Bizeleibesitzer Albrecht aus Brandenburg, Antiquar Humagalli aus Frankfurt a. M., Inspektor Laust aus Una i. B., Architekt Hoizl aus Hamburg, Fabrikant Andriki aus Brünn, Dr. med. Turs aus Berlin und Privattmann Schrader aus Charlottenburg.

Hotel Bellevue. (H. Goldbach.) Die Kaufleute Hergert aus Gera, v. Scharnicht aus Pest, Landwirth Fechner aus Krenzoly, Arzt Dr. Lewin aus Belgard, die Kaufleute Coen aus M. Gladbach, Janzen aus Berlin, Klatt aus Überberg i. S., Bogen aus Breslau, Woolf aus Nürnberg, Bernhardt aus Liebau, Reinkefuers aus Berlin, Scholme aus Janowitz, Münzer aus Breslau.

Hotel de Berlin (W. Kamieński). Die Landwirth Herrmann aus Görlitz, Kobelski aus Tokarzewo und Mantowski aus Miłosław, die Rittergutsbesitzer v. Chelmicki aus Smiejskow, Dr. Boremba aus Pierzchno und v. Gutowski aus Jaworow, Frau v. Grabowska aus Rogafen, Frau Szczepetka aus Miroslawice, Frau Betram aus Polen, Frau Wruk aus Czarnikau, die Kaufleute Galajka und Kacmarek aus Wirsitz, Dolmetscher Dutkiewicz aus Lissa i. B., Sekretär Freitag mit Frau aus Borschenheim, Oberförster Lufomski aus Wieltz Bör und Rendant Magowski aus Neustadt b. B.

J. Graetz's Hotel „Deutsches Haus“ vormals Langner's Hotel. Die Kaufleute Hohenstein aus Berlin, Sauer aus Dresden und Großmann aus Stettin, Ingenieur Wolff aus Charlottenburg, Sänger Arendsen aus Berlin, Gutsbesitzer Hoffmann aus Karlsbad, die Rentiers Gaebel aus Köln und von Buchwald aus Weissenburg, Beamter Klaritter aus Berlin, Inspektor Wolffgramm und Frau aus Mainz, Frau Gierlong aus Bromberg und Monteure Flieger aus Oschersleben.

Georg Müller's Hotel „Altes deutsches Haus“. Die Kaufleute Bernhardt und Warnitz aus Berlin, Strobnig aus Leobschütz, Cohn aus Neu-Ja, Kurschinski aus Brieg, Schröder aus Leipzig, Anstalt-Direktor Majurek aus Cerekwitz, Fabrikant Wolff aus Berlin, Rentier Buschler aus Schwiebus.

Theodor Jahns Hotel garni. Die Kaufleute Steinbruch

aus Zeitz, Abraham, Kratinowski, Gaillard, Silbermann und Bernstein aus Berlin, Cohn aus Plauen, Becker aus Braunschweig und Bessert aus Breslau, Oberinspektor Becker aus Lopuchowo.

Keiler's Hotel zum Englischen Hof. Die Kaufleute Zimmerman aus Tolesva bei Tofaj, Cohn aus Eichsweg, Friedeberger und Borkowski aus Breslau, Flatau aus Znín, F. Kahan aus Miloslaw, E. Kaphan aus Schroda, Poporski und Frau aus Slupce, Frau Miodowska aus Wreschen, Frau Lubinski und Tochter aus Wittlowo.

Hotel Concordia am Bahnhof — P. Röhr. Die Kaufleute Friedler und Piotrowski aus Gnesen, Schneider aus Magdeburg, Sytniewski aus Bromberg, Lewin aus Berlin, Geiger aus Kaschau, Form und Frau aus Breslau, Chrzanowski aus Strainz und Kantorowicz aus Kulmsee, Translateur Schorsch aus Witzig, Rent. Krotowicz aus Ostrowo, Inspektor Piezek aus Lubitschin, Oberinspektor Pawlowicz aus Gultowy, Privatier Alau aus Wollstein, Musiklehrer v. Koberzycki aus Lissa, Gottwirth Studinski aus Kolmar, Architekt Baumann und Bauführer Wildner aus Breslau.

## Handel und Verkehr.

\*\* **Köln.** 28. Februar. Der süddeutsche Walzwerberband beschloß, wie die „Kölnische Volkszeitung“ meldet, den Grundpreis auf 133 Mark zu erhöhen.

\*\* **Dresden.** 1. März. Der Verwaltungsrath der Sächsischen Bank beschloß in der heutigen Sitzung, der auf den 23. d. Mts. einberufenen Generalversammlung für 1890 die Vertheilung einer Dividende von 6 Prozent vorzuschlagen.

## Marktberichte.

**Bromberg.** 28. Februar. (Amtlicher Bericht der Handelskammer.) Weizen: gute gelunde Mittelwaare 180—187 Mt., geringe Qualität 170—179 Mt. — Roggen je nach Qualität gefunde Mittelwaare 158—166 Mt., geringe Qualität 155—157 Mt. — Gerste nach Qualität 130—144 Mt., Brauerwaare 145—152 Mt. — Futtererben 118—125 Mt., Kocherben 140—150 Mt. — Hafer je nach Qualität 120—132 Mt., Widen 100—108 Mt. — Spiritus 50er Konsum 67,25 Mt., 70er 47,25 Mt.

**Breslau.** 28. Februar (Amtlicher Produkten-Börsen-Bericht.) Roggen per 1000 Kilogramm — Gef. — Etr. abgelaufen Rübungsschein. — Per Februar 178 Gd., April-Mai 177,0 Gd., Mai-Juni 176,0 Gd. — Hafer (per 1000 Kilogramm) — Per Februar 144,00 Gd., April-Mai 146,00 Gd. — Rüböl (per 100 Kilogramm) — Per Februar 60,00 Br. — Spiritus (per 100 Liter à 100 Proz.) excl. 50 und 70 Mark Verbrauchsabgabe, gefündt — Liter. Per Februar (50er) 65,70 Gd., (70er) 46,00 Gd. April-Mai 46,70 Gd., Mai-Juni 47,00 Gd., Juni-Juli 47,30 Gd. — Binf. Fest.

\*\* **Leipzig.** 28. Febr. (Wolberich.) Kammzug-Terminhandel. La Blata. Grundmuster B per März 4,27½, M. per April 4,30 Mt., per Mai 4,30½ Mt., per Juni 4,32½ Mt., per Juli 4,35 Mt., per August 4,35 Mt., per September 4,37½, Markt, per Oktober 4,37½ Mt., per November 4,37½ Mt., per Dezember 4,37½ Mt., per Januar 4,37½ Mt. Umsatz 145000 Kilogramm. Fest.

## Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Februar und März 1891.

Datum Stunde	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm; 66 m Seehöhe	Wind. W. und W. schw.	Wetter. bedekt bedeutet	Temp. i. Cels. Grad.
28. Nachm. 2	768,3	SSO stark	heiter	+ 1,5
28. Abends 9	765,4	SO frisch	heiter	- 1,3
1. Morgs. 7	761,2	WSW schw.	bedekt	- 3,5
1. Nachm. 2	759,6	SW schwach	trübe	+ 4,8
1. Abends 9	757,2	W schwach	bedekt	+ 3,6
2. Morgs. 7	755,5	W frisch	bedekt	+ 4,5
Am 28. Februar	Wärme-Maximum	+ 1,7° Cels.		
Am 28.	= Wärme-Minimum	- 5,0°	=	
Am 1. März	Wärme-Maximum	+ 4,8°	=	
Am 1.	= Wärme-Minimum	- 3,5°	=	

## Wasserstand der Warthe.

**Posen.** am 28 Februar Mittags 240 Meter.  
= = 1. März Morgens 2,36 =  
= = 2. = Morgens 2,36 =

## Telegraphische Börsenberichte.

### Fonds-Kurse.

**Breslau.** 28. Februar. Schwankend. 3½%ige L-Pfandbriefe 97,80, 4%ige ungarische Goldrente 92,40, Konkorditürke 18,90, Türkische Loose 80,00, Breslauer Diskontobank 106,90, Breslauer Wechselbank 103,50, Schlesische Bankverein 120,75, Kreditaktien 172,40, Donnersmardchütte 87,00, Obersch

anleihe von 1886 76%, Argentin. 4% proz. äußere Goldanleihe 57%. Neue 3prozentige Reichsanleihe — In die Bank flossen heute 10 000 Pf. Sterl.

Rio de Janeiro, 27. Febr. Wechsel auf London 19%.

#### Produkten-Kurie.

Köln, 28. Febr. Getreidemarkt. Weizen hiesiger loko 19,00 do. fremder loko 22,00, per März 21,15, per Mai 21,45. Roggen hiesiger loko 17,75, fremder loko 19,75, per März 18,70, per Mai 18,40. Hafer hiesiger loko 15,50, fremder 17,00. Rübbel loko 63,00, per Mai 62,50, per Oktober 63,80.

Hamburg, 28. Februar. Getreidemarkt. Weizen loko fest, holsteinischer loko neuer 194—200. Roggen loko fest, mecklenburg. loko neuer 185—192, russischer loko fest, 132—136. Hafer fest. — Gerste fest. — Rübbel (unverzollt) fest, loko 60,00. — Spiritus besser, per Februar 26 Br., per Febr.-März 36 Br., per März-Mai 36 Br., per Mai-Juni 36 Br. — Kaffee fest. Umsatz 4000 Sac. Petroleum ruhig. Standard white loko 6,65 Br. per März 6,60 Br. — Wetter: Brachvoll. Nachtfälle.

Hamburg, 28. Febr. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per Februar —, per März 83%, per Mai 82, per September 77%. Behauptet.

Hamburg, 28. Februar. Budermarkt (Nachmittagsbericht.) Rübner-Rohzucker I. Produkt Bafis 88 p.Ct. Rendement neue Usance, frei am Bord Hamburg per Febr. 13,90, per März 13,80, per Mai 13,80, per August 13,95. Flau.

Bremen, 28. Februar. Petroleum. (Schlußbericht.) Still. Standard white loko 6,50 Br.

Afften des Norddeutschen Lloyd 135% bez.

Norddeutsche Wilhämmerei 165 Br.

Berl. 28. Februar. Produktenmarkt. Weizen loko fest, ver Frühjahr 8,34 Gd., 8,36 Br., pr. Herbst 7,96 Gd. 7,98 Br. Hafer per Frühjahr 7,05 Gd. 7,07 Br., per Herbst 6,26 Gd. 6,28 Br. — Mais per Mai-Juni 1891 6,20 Gd. 6,22 Br. — Kohlraps per Aug.-Sept. 1891 13,95 a 14,00. Wetter: Heiter.

Paris, 28. Februar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig, per Februar 27,80, per März 27,80, per Mai-Juni 27,80, per Mai-August 27,80. Roggen ruhig, per Februar 17,40, per Mai-August 18,00. Mehl träge, per Febr. 60,00, per März 60,20, per März-Juni 60,80, per Mai-August 61,80. Rübbel träge, per Februar 69,50, per März 69,00, per März-Juni 69,50, per Mai-August 70,25. — Spiritus träge, per Februar 39,00, per März 39,50, per Mai-August 40,75, per September-Dez. 39,50. — Wetter: Schön.

Paris, 28. Februar. (Schlußbericht.) Rohzucker 88% ruhig, loko 35,50 a 35,75. Besser Buder beh., Nr. 3 per 100 Kilo per Februar 37,87%, ver März 38,12%, per März-Juni 38,87%, ver Mai-August 38,87%.

Havre, 28. Febr. (Telegramm der Hamburger Firma Beimann, Bleeker u. Co.) Kaffee in Newyork schloß mit 5 Points Hauffe.

Havre, 28. Febr. (Telegramm der Hamburger Firma Beimann, Bleeker u. Co.) Kaffee, good average Santos, per März 104,50, per Mai 103,00, per September 97,25. Ruhig.

Amsterdam, 28. Febr. Java-Kaffee good ordinary 59%.

Amsterdam, 28. Febr. Bancazinn 54%.

Amsterdam, 28. Febr. Getreidemarkt. Weizen per März 235, Roggen per März 167, per Mai 161 a 160 a 161 a 162 per Oktober 149.

Antwerpen, 28. Febr. Getreidemarkt. Weizen fest. Roggen behauptet. Hafer fest. Gerste stetig.

Antwerpen, 28. Februar. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffineries Type weiß loko 16% bez. und Br., per Februar — bez., per März 16 Br., per April 16 Br. Ruhig.

London, 28. Februar. 96 p.Ct. Java-Zucker loko 15% fest, ruhig, Rübner-Rohzucker loko 13% matt.

London, 28. Febr. An der Küste 1 Weizenladung angeboten. — Wetter: Heiter, klarer Himmel.

Liverpool, 28. Febr. Baumwolle. (Schlußbericht.) Umsatz 5000 B., davon für Spekulation u. Export 500 B. Ruhig.

Middl. amerik. Lieferungen: März-April 4% bez. Verkäuferpreis,

April-Mai 4% do. Mai-Juni 4% do. Juni-Juli 5 do. Juli-August 5% do. August-September 5% Käuferpreis, September-Oktober 5% do.

Liverpool, 28. Febr. Getreidemarkt. Weizen 1/2—1 d. höher. Mehl fest. Mais stetig. — Wetter: Schön.

Newyork, 27. Febr. Baumwollen-Wochenbericht. Zufuhren in allen Unionshäfen 126 000 B. Ausfuhr nach Großbritannien 107 000 Ballen, Ausfuhr nach dem Kontinent 60 000 Ballen. Vorraum 740 000 Ballen.

Newyork, 28. Febr. Waarenbericht. Baumwolle in New-York 9, do. in New-Orleans 8%. Raff. Petroleum 70 Proz. Abel Test in New-York 7,50 Gd. do. in Philadelphia 7,50 Gd. robust Petroleum in Newyork 7,50 Gd. do. Pipe line Certificates per März —. Stetig. Schmalz loko 6,00 do. Rohe u. Brothers 6,32. Buder (Fait refining Muscovado) 5%. Mais (New) per März 64%. Rother Winterweizen loko 111%. — Kaffee (Fait No.) 19%. Mehl 3 D. 90 C. Getreidefracht 2. — Käufler per März nominell. Weizen per Februar —, per März 109%, per Mai 106%. — Kaffee Rio Nr. 7, low ordin. per März 17,72, per Mai 17,12.

Der Werth der in der vergangenen Woche eingeführten Waaren betrug 12 735 468 Doll. gegen 10 939 700 Doll. in der Vorwoche, davon für Stoffe 3 099 857 Doll. gegen 3 994 902 Doll. in der Vorwoche.

Newyork, 28. Febr. Rother Winterweizen per Februar fehlt. per März 1 D. 09% C.

Berlin, 1. März. Wetter: Schön.

#### Fonds- und Altien-Börse.

Berlin, 28. Februar. Die heutige Börse eröffnete und verließ im Wesentlichen in schwacher Haltung, wie auch die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Tendenzmeldungen durchschnittlich weniger günstig lauten.

Hier setzten die Kurse auf spekulativem Gebiet zumeist niedriger ein und unterlagen weiterhin wiederholten Schwankungen, ohne daß das Geschäft erheblichere Ausdehnung gewann. Die Spekulation zeigte sich zurückhaltend und überall zu Abgaben geneigt. Der Kapitalsmarkt bewahrte verhältnismäßig feste Haltung für heimische solide Anlagen bei ruhigem Verkehr und fremde, festen Zins tragende Papiere waren ziemlich behauptet, russische Anleihen, ungarische 4prozentige Goldrente und Italiener schwächer.

Der Privatdiskont wurde mit 2% Proz. notirt.

Auf internationalem Gebiet gingen Österreichische Kreditaktien zu schwächerer und schwächernder Notiz mäßig lebhaft um; auch Franzosen, Dux-Bodenbach und Gotthardbahn schwächer, andere ausländische Bahnen ruhig.

Inländische Eisenbahntaktien sehr ruhig und zumeist schwächer, namentlich Oltreuzische Südbahn und Marienburg-Mlawka.

Bankaktien ruhig; die spekulativen Devisen matter.

Industriepapiere lagen schwach, namentlich Montanwerthe nach festerem Beginn erheblich nachgebend.

#### Produkten-Börse.

Berlin, 28. Febr. Die Getreidebörsen standen heute unter dem Druck von Realisationen, welche durch die Steigerung der letzten Tage veranlaßt wurden. Weizen büßte ca. 1 M., Roggen 1/2 M. ein. Hafer stellte sich auf stärkeres Angebot um 1/2 M.

billiger. Roggenmehl anfänglich schwach, später bestätigt. Rübbel wenig verändert. Spiritus in Deckungen per Frühjahr gefucht und für diesen Termin ca. 1 M. höher bezahlt; andere Termine still und weniger höher.

Weizen (mit Ausschluß von Rauhweizen) per 1000 Kilo. Loko unverändert. Termine wenig verändert, Gefündigt — Tonnen. Kündigungspreis — M. Loko 186—206 M. nach Qualität.

Lieferungsqualität 202 M., weißgels märktischer 201—203 M. ab Bahn und frei Haus bez., per diesen Monat 205,5 M., Durchschnittspreis 205,5 M., per Februar-März — bez., per März-April — bez., per April-Mai 205—204,75—205,75 bez., per Mai-Juni 205,5—205—205 bez., per Junit-Juli 205,4—205—205 bez.

Roggen per 1000 Kilogramm. Loko behauptet. Termine matter. Gefündigt 150 Tonnen. Kündigungspreis 183 Mark. Loko 172 bis 182 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 177 M., insländischer guter 176,5—177,5, feiner 178,5—179,5 ab Bahn bez., per diesen Monat 183, Durchschnittspreis 183 M. per März-April — bez., per April-Mai 179,5—179,5 bez., per Mai-Juni 175,5—176,5—177,5 bez., per Junit-August 171,25—170,75—171 bez., per September-Oktober 166,5—166,75 bez.

Gerste per 1000 Kilo. Flau. Große und kleine 143 bis 185 M. nach Qualität. Futtergerste 145—154 M.

Hafer per 1000 Kilogramm. Loko behauptet. Termine niedriger. Gefündigt — Tonnen. Kündigungspreis — M. Loko 149—163 Mark nach Qualität. Lieferungsqualität 153 M., pommerischer, preußischer und schlesischer mittel bis guter 149 bis 154, feiner 157—161 ab Bahn bez., per diesen Monat 152,5 M., Durchschnittspreis 152,5 M., per Februar-März — bez., per März-April — bez., per April-Mai 153,75—152,75—153,25 bez., per Mai-Juni 154,25—153,25—153 bez., per Junit-Juli 155—154,25—150 bez., per Junit — bez.

Mais per 1000 Kilogramm. Loko fest. Termine höher. Gefündigt — Tonnen. Kündigungspreis — M. Loko 149—159 M. nach Qualität, per diesen Monat 145 M., Durchschnittspreis 145 M., per Februar-März — bez., per März-April — bez., per April-Mai 139,25—144 bez., per Mai-Juni — bez.

Erbsen per 1000 Kg. Kochwaare 150—180 M., Futterwaare 140—144 M. nach Qualität.

Roggemehl Nr. 0 und 1 per 100 Kg. brutto incl. Sad. Termine matter. Gefündigt 250 Sac. Kündigungspreis 25,5 M., per diesen Monat 25,5 M., Durchschnittspreis 25,5 M., per Februar-März 25,2—25,3 bez., per April-Mai 24,7—25,5 bez., per Mai-Juni 24,30—25,5 bez., per Junit-Juli 24,1—24,15 bez., per Junit-August 23,55—24 bez., per September-Oktober 23 bez.

Trockene Kartoffelstärke per 100 Kg. brutto incl. Sad. Loko 24,00 M.

Feuchte Kartoffelstärke per Februar 13,75 M.

Kartoffelmehl per 100 Kilo. brutto incl. Sad. Loko 24,00 M.

Rübbel per 100 Kilogramm mit Fas. Matter. Gefündigt — Bentner. Kündigungspreis — M. Loko mit Fas. —, loko ohne Fas. —, per diesen Monat 61 M., Durchschnittspreis 61 M., per April-Mai 61,3—61—61 bez., per Mai-Juni 61,5—61 bez., per September-Oktober 62,3—61,9—62 bez.

Petroleum. (Raffinates Standard white) per 100 Kilo mit Fas. in Posten von 100 Br. — M. Termine still. Gefündigt — Kilo. Kündigungspreis — M. Loko —. Per diesen Monat 23,8 M., Durchschnittspreis 23,8 M., per September-Oktober — M., per Oktober-November — M., per November-Dezember — M.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe per 100 Br. à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — Ltr. Kündigungspreis — M. Loko ohne Fas. 69,2 bez.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe per 100 Br. à 100 Proz. = 10 000 Ltr. Proz. nach Tralles. Gefündigt — Ltr. Kündigungspreis — M. Loko ohne Fas. 49,6 bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe per 100 Liter à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — Ltr. Kündigungspreis — M. Loko mit Fas. —, per diesen Monat —.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe 49,2 M. Loko mit Fas. —, per diesen Monat 48,8—49,6 bez., Durchschnittspreis 49,2 M., per Februar-März —, per April-Mai und per Mai-Juni 48,6 bis 48,5—49,8 bez., per Junit-Juli 48,8—48,7—49,9 bez., per Junit-August 49—50,2 bez., per August-September 48,8—48,7—50 bez., per September-Oktober 45,6—46,7 bez.

Guter Begehr.

Weizenmehl Nr. 00 27,75—26,25, Nr. 0 26,00—24,5 bez. Seine Marken über Notiz bezahlt.

Roggemehl Nr. 0 u. 1 25,5—24,5 bezahlt, Nr. 0 1,50 M. höher als Nr. 0 und 1 per 100 Kilo Br. inkl. Sad.

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterl. = 20 M. 1 Doll. = 41/4 M. 1 Rub. = 3 M. 20 Pf. 7 fl. südd. W. = 12 M. 1 fl. österr. W. = 2 M. 1 fl. hell. W. = 1 M. 70 Pf. 1 Franc oder 1 Lira oder 1 Peseta = 80 Pf.

Bank-Diskonto	Wechsel v. 28.	Brnsch. 20. T.L.	— 106,75 bz G.	Schw. Hyp.-Pf.	4 1/2 102,80 G.	Warsch.-Teres.	5	Reichenb.-Prior.		Pr.Hyp.-B.I. (rz.120)	4 1/2	Bauges. Humb.	8	121,00 B.
Amsterdam ...	3 8 T.	Cöln-M. Pr.-A.	3 1/2 168,55 bz	Serb.Gld-Pfd.	5 84,30 G.	do. Wien.	15	233,60 bz		do. Vl. Trz. (110)	5	Moabit .....	7	116,00 B.
London ....	3 8 T.	20,35 G.	do. Präm.-A.	3 1/2 137,00 G.	do. Rente.	5	92,10 bz G.		do. div.Ser.(rz.100)	4	Passage.....	5 1/2	73,50 bz G.	
Paris.....	3 8 T.	80,65 G.	Ham.-T.L.	3 1/2 139,90 bz	do. neues	5	91,75 bz G.		do. do. (rz.100)	3 1/2	U. d. Linden	0	25,50 G.	
Wien.....	4 8 T.	176,75 bz	Lüb.'s 50 T.-L.	3 1/2 132,50 B.	Stockh. Pf. 87.	4</								